

**Sylvie Goulard (MEP)**

**8 Februar 2011**

*Humboldt Universität*

*Walter Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht der Humboldt-Universität*

*Forum Constitutionis Europae (FCE)*

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

## **Mehr als eine Finanzkrise: eine Perspektive aus dem europäischen Parlament**

Vielen Dank, lieber Professor Pernice, für die Einladung; es freut mich sehr heute in Berlin zu sein und in dieser prestigeträchtigen Vortragsreihe sprechen zu dürfen.

Mit den Turbulenzen in der Eurozone ist der Bedarf an grenzüberschreitenden Diskussionen größer als je zuvor. Ich schätze besonders die Möglichkeit, eine Perspektive aus dem Europäischen Parlament (EP) zu skizzieren. Ein paar Tage nachdem Bundeskanzlerin Merkel ihren „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ vorgeschlagen hat, ist der Termin perfekt. Selbstverständlich rede ich hier als Einzelperson, was mir erlaubt klare Worte zu sprechen.

Drei Thesen möchte ich vortragen:

- Erstens: die heutige Krise ist viel mehr als eine Finanzkrise. Es ist hauptsächlich eine Krise der Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Eine sachliche Bilanz zeigt, dass die Koordinierung bis jetzt weder effizient noch demokratisch genug gewesen ist.

- Zweite These: die laufende Reform enthält durchaus positive Elemente, genau so wie die letzten Vorschläge der Bundeskanzlerin. Beide reichen aber nicht aus, weil sie an der Frage der demokratischen Legitimation vorbeigehen.

- Dritte These: Deutschland steht am Scheideweg.

\*

Ich möchte zunächst meine Ausführungen in den Gesamtkontext stellen.

Die Debatte um die Zukunft der Währungsunion lässt sich nicht von der Situation in der Welt trennen. Im Frühling 2010 hat Barack Obama nicht ohne Grund Angela Merkel mehrmals angerufen, als der Euro in Gefahr war. China investiert massiv in den schwachen Ländern der Eurozone. Und als Europäer haben wir eine ganz besondere Verantwortung, weil Europa weltweiten Respekt als das Kontinent des Friedens, des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit genießt.

In Europa haben wir gelernt, uns vor Größenwahn zu fürchten. Kleinkariertheit und Nabelschau können aber mindestens ebenso gefährlich sein. In Goethes Faust wird Mephistopheles von Dr. Faust mit folgendem Spruch bedacht: *“Du kannst im Großen nichts vernichten / Und fängst es nun im kleinen an.”* So klein wie seit dem Anfang dieser Krise können wir nicht denken. So negativ auch nicht.

Was mich in der heutigen Kritik an der EU stört, ist « *der Geist, der stets verneint*“, der sich jetzt aufgrund der Ängste und eines neuen Populismus verbreitet. Als ob wirklich *“alles was entsteht, wert wäre, dass es zugrunde geht”*.

Hingegen müssen die Pro Europäer akzeptieren, dass etwas schief gegangen ist. Und die Situation dürfen wir nicht mit rosa Brillen anschauen, um die geeigneten Verbesserungen vorzuschlagen.

Dies führt mich zu meiner ersten These.

### **I. Die heutige Krise ist für Europa viel mehr als eine Finanzkrise**

Im Sommer 2007 hat in den USA eine Finanzkrise eingesetzt. 2008 hat sie eine systemische Dimension angenommen, mit schweren wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Für Europa war es aber viel mehr als ein ökonomisches Phänomen.

Die unvollendete EU war weniger in der Lage als der starke US Bundestaat oder China, schnell zu handeln. Diese Finanzkrise hat die schon vorhandenen Schwächen der Eurozone schonungslos ins Licht gerückt. Vier Hauptschwächen möchte ich gerne hervorheben:

- **Erstens: Jahrelang sind die nationalen Regierungen ihren europäischen Anforderungen nicht immer gewachsen gewesen.**

1992 wurde die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik den Mitgliedstaaten überlassen. Sie waren verpflichtet, das Defizit des öffentlichen Sektors und die Schulden unter Kontrolle zu halten. Jean-Claude Trichet hat vor kurzem der Bild Zeitung<sup>1</sup> erklärt „*Wir haben keine Krise des Euro, wir haben vielmehr eine Krise der Staatsfinanzen in einigen Euro-Ländern*“.

Manche Staaten haben die Beibehaltung des Lebensstandards durch die Verschuldung finanziert, statt schmerzhaft Reformen durchzusetzen. Obwohl weltweit aufstrebende Mächte (wie China) und der Alterungsprozess in Europa Druck auf die Produktivität ausübten, haben manche nationalen Regierungen die Warnungen der Kommission und der Europäische Zentral Bank (EZB) ignoriert. In diesen Ländern wurde das Solidaritätsprinzip verletzt.

Die Finanzminister sollten unter Aufsicht der Kommission, eine strenge gegenseitige Kontrolle üben. Die Eurogruppe hat aber nicht immer die Rolle gespielt, die sie hätte spielen müssen. 2003 haben sogar Deutschland und Frankreich alles getan, um Sanktionen zu entfliehen und haben dadurch die Glaubwürdigkeit des Stabilitätspakts untergraben.

Noch in den letzten Jahren haben die heutigen „Feuerwehrmänner-“, und „Frauen“ aus den Mitgliedstaaten und aus den Institutionen hohe öffentliche Verschuldungen und die Immobilienblase in der Eurozone geduldet. Sie haben EUROSTAT (der Anstalt für Statistik der EU) nie die notwendigen Untersuchungsmittel gegeben, um Mogeleyen zu verhindern. Die Plädoyers der EZB für mehr Disziplin und eine bessere Konvergenz haben sie meistens ignoriert.

- **Zweitens stellt sich fest, dass die Haushaltskriterien nicht reichen.**

Die EU hat sich ab 1997 mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) nur auf die Haushaltsdefizite und die öffentliche Verschuldung konzentriert. Aufgrund dieser begrenzten Kriterien galten Irland und Spanien vor der Krise als die Musterschüler

---

<sup>1</sup> 15. Januar 2011

Europas. Es hat wenig Sinn die öffentlichen Ausgaben streng zu kontrollieren (sei es zum Beispiel produktive Investition in Forschung) ohne die privaten Ausgaben zu berücksichtigen (sei es Spekulation in Immobilien Markt oder übermäßige Privatverschuldung). Die Makroökonomie lässt sich nicht auf Haushaltsdisziplin reduzieren.

Mehrere Fachleute – Wolfgang Münchau<sup>2</sup>, Patrick Artus<sup>3</sup>, Jean Pisani-Ferry<sup>4</sup>– und gute Kenner der Märkte wie Soros, haben auf die Gefahr hingewiesen, dass die Asymmetrien innerhalb der Eurozone sich weiter entwickeln könnten, wenn wir keine neuen Instrumente der Konvergenz schaffen: mit dem Euro gibt es für die einzelnen Länder keine Abwertungsmöglichkeit mehr; auf dem Arbeitsmarkt ist die Mobilität sehr gering; wenn Transfer ausgeschlossen sind, bleibt die Flexibilität der Löhne eines der seltenen Instrumente. Die Aufsicht des Bankensektors ist auch national geblieben, obwohl Finanzmärkte sich grenzüberschreitend entwickelten.

Außerdem sollten die Märkte die Disziplin konkret sichern: wer sorgfältig seine Finanzen verwalten würde, sollte billige Kredite bekommen. Dies trat nicht ein: die „spreads“ hielten sich in Grenzen. Erst spät und dann sehr brutal haben die Märkte zwischen den einzelnen Euro-Ländern differenziert.

**- Drittens ist in der Krise ein Spannungsverhältnis zwischen Rechtsgemeinschaft und Handlungsfähigkeit entstanden.**

Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Europäische Gemeinschaft (EG) auf Recht gegründet, um die Versöhnung und die Zusammenarbeit zu ermöglichen. Von der EG sagte Hallstein, sie sei „*eine Rechtsschöpfung, eine Rechtsquelle und eine Rechtsordnung*“<sup>5</sup>. Am Anfang war Kant, soll Nipperdey von der EU gesagt haben.

---

<sup>2</sup> [www.eurointelligence.com](http://www.eurointelligence.com)

<sup>3</sup> Les erreurs conceptuelles qui sont derrière les institutions de la zone Euro, Natixis Flash économie 18 janvier 2011 ; De quoi dispose-t-on pour traiter les asymétries dans une Union monétaire, ibid 17 janvier 2011

<sup>4</sup> Divers articles, notamment « Vous avez dit fédéralisme ? » 6 juillet 2010

<sup>5</sup> Der unvollendete Bundestaar, 1969

Der Ermessensspielraum auf europäischer Ebene bei der Euro Steuerung (von der EZB mal abgesehen) wurde absichtlich gering gehalten. Viele Fachleute - vor allem in den USA – haben von vornherein diesen Mangel scharf kritisiert. In Schönwetterzeiten war dies kein Problem. In Krisenzeiten haben sich hingegen unsere komplexen Verfahren und unsere Hemmungen als ungeeignet erwiesen.

Obwohl die Finanzkrise nicht von Europa ausgegangen ist, obwohl sich Schuldenberge auf der anderen Seite des Atlantiks auf türmen, wird die EU als schwach angesehen. Vielleicht hat es damit zu tun, dass die Amerikaner „*Yes, we can*“ behaupten, während wir uns ständig fragen: „*dürfen wir?*“

- **Viertens: ein „Wir Gefühl“ in der Eurozone haben wir noch nicht geschafft.**

Zehn Jahre nach der Einführung des Euro ist es immer noch teuer und mühselig, innerhalb der Eurozone Überweisungen zu tätigen. Wir benutzen dieselbe Währung, leben aber voneinander getrennt. In der Krise stand plötzlich die „Solidarität“ in einer nicht erwarteten Form auf dem Prüfstein. Keiner sollte sich wundern, wenn die notwendigen Entscheidungen nicht einfach zu treffen waren. Der rassistische Unterton in manchen Boulevard Zeitungen ist aber in einer „Union“ besorgniserregend.

Da das Überleben des Euro und vielleicht der EU selbst auf dem Spiel standen, können wir uns darüber freuen, dass die Staats- und Regierungschefs und die Finanzminister - wenn auch spät, wenn auch zögernd - letztendlich mutige Maßnahmen getroffen haben. In Mai 2010 als die Eurozone am Rande des Abgrundes stand, haben sie (mit der entscheidenden Teilnahme Deutschlands) Griechenland und dadurch die Eurozone gerettet; sie haben für die Zukunft einen Fonds von 750 Milliarden von möglichen Krediten eingerichtet. Die Reaktion der deutschen Autoritäten können wir loben, da die interne Debatte besonders schwierig war.

\*

Nach dieser sachlichen Bilanz kann man nur feststellen, dass „Europa“ bei weitem nicht an allem Schuld ist. Jacques Delors hat vor kurzem im französischen Sénat

erklärt „*ne faisons pas porter à l'euro le poids de nos insuffisances*“<sup>6</sup> [Wir sollten dem Euro nicht die Last unserer Schwächen aufbürden].

Um Schuldzuweisungen geht es heute überhaupt nicht. Es handelt sich auch nicht einen Kampf zwischen Institutionen. Die Diskussion um den Euro ist so wie so viel zu moralisch geprägt; von „Sündern“ und „Strafe“ ist überall die Rede. In Brüssel sitzt dennoch nicht das Jüngste Gericht. Übrigens weiß der liebe Gott seit Moses, dass die Gesetzestafeln alleine nicht ausreichen, um die Menschen zum Gehorsam zu bewegen.

Aber die Schwächen müssen genau benannt werden um, wenn möglich, die geeignete Reform zustande zu bringen.

**II. Zweite These: die laufende Reform enthält durchaus positive Elemente, genau so wie die letzten Vorschläge der Bundeskanzlerin. Beide reichen aber nicht aus, weil sie an der Frage der demokratischen Legitimation vorbeigehen.**

Die Kommission hat Ende September 2010 ein „Packet“ von sechs Texten verabschiedet, um die „governance“ der WWU zu verbessern.

Dank des Lissaboner Vertrags kann die neue Gesetzgebung nur zustande kommen, wenn der Rat und das Europäische Parlament (EP) sich auf identische Änderungsanträge des Textes der Kommission einigen (so das „Mitentscheidungsverfahren“). Sechs „Berichtserstatter“ des EP sind ernannt worden (ich habe die Ehre, dazu zu gehören) und arbeiten hart daran.

Dieses Paket zieht manche Lehren aus den ersten Jahren des Euro und aus der Krise; es enthält interessante Vorschläge:

- die enge Zusammenarbeit in dem „European semester“ könnte dazu beitragen, die nationalen Parlamente besser einzubeziehen. Unter dem Druck der Ereignisse setzt die Papandreou Regierung in Griechenland bereits Reformen durch, in einem Ausmaß, das vor einem Jahr undenkbar gewesen wäre. In Frankreich, in Italien wird ernst gespart und in Spanien wird außerdem das Bankensystem modernisiert.

---

<sup>6</sup> Anhörung, 16 November 2010

- Eine gewisse „Automatizität“ der Sanktionen sollte die Glaubwürdigkeit des Stabilitätspakts erhöhen. Die Disziplin ist absolut notwendig, vor allem den nächsten Generationen gegenüber.

- Eine Kontrolle der makroökonomischen Ungleichgewichten, die sowohl Defizite als auch Überschüsse einbeziehen, könnte die ganze Übersicht effizienter machen.

Es ist ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung: endlich denken die Europäer über die Kontrolle der Haushaltsprobleme hinaus. Die Steuerung einer Zone, die breiter und heterogener als die USA ist, erfordert in der Tat mehr als eine paar Regeln und die Tugenden eines guten Kaufmanns. Mit dem Motto „mehr Disziplin“ allein kann man mit gutem Gewissen leben, ohne die Probleme zu lösen.

Auf Detailfragen kann ich mich hier nicht einlassen. Wichtig ist schon, dass zum ersten Male solche Themen ausdrücklich besprochen werden und dank des Parlaments diese Diskussion vor den Augen der Öffentlichkeit stattfindet. Außerdem werden im EP alle politischen Fraktionen mit einbezogen, was die langfristige Akzeptanz der Regeln erhöhen kann (im Rat sitzen nur die Parteien, die heute in der Mehrheit sind).

Das Parlament macht seine eigenen Vorschläge. In meinem Bericht habe ich die kontroverse Frage der Eurobonds<sup>7</sup> aufgeworfen. Einen weltweit flüssigen Euro-Markt zu schaffen, die EZB aus der Rolle der „Bad Bank“ zu entlassen, Disziplin und Anreiz zu kombinieren das sind meine Ziele. Mir ist klar, dass viele in Deutschland und anderswo vor einer „Transferunion“ Angst haben. Da müssen wir sorgfältig handeln und die Länder mit AAA Rating nicht vernachlässigen. Technische Lösungen gibt es ja. Das Problem der Verschuldung der Eurozone darf aber nicht nur an die Anlehnung an den deutschen Finanzausgleich angegangen werden. Außerdem scheint es mir schwierig nur mit Peitsche und ohne Zuckerbrot zu hantieren. Die Eurobonds würde einen Anreiz bringen. Eine solche Frage verdient eine Debatte im Rahmen des Parlaments, ohne Tabu.

---

<sup>7</sup> Nach dem Vorschlag von Jacques Delpla und Jakob von Weizsäcker, The Blue Bond Proposal, Bruegel, 6. Mai 2010

Der Rat (die sogenannte „Van Rompuy Task Force“) hat seine Grundorientierungen über das Paket der Kommission bekanntgegeben: von Sanktionen scheinen nicht alle begeistert zu sein; die Versuchung der Verwässerung ist schon jetzt zu spüren, trotz einiger wahren Besserungen, wie zum Beispiel die Missionen der EU Behörde in den Mitgliedstaaten (dem Modell des IWF nach).

Heute kann keiner voraussagen, wie unser Paket am Ende des Mitentscheidungsverfahrens aussehen wird, nicht zuletzt seit dem europäischen Treffen am 4. Februar, wo eine neue und wichtige Initiative von Angela Merkel (den „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“) lanciert wurde. Diese Initiative ist eine sehr gute Nachricht für Europa.

Dieser Pakt enthält zwei äußerst positive Elemente:

- die Bundeskanzlerin gibt ein klares Signal, das sie hatte vorher nie geben wollen: die Eurozone (auf 17) erfordert eine spezifische Zusammenarbeit.
- Sie erkennt auch die Notwendigkeit einer stärkeren makroökonomischen Konvergenz an und erwähnt zum Beispiel die Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität, die Angleichung des Renteneintrittsalters, die Annäherung im Bereich der Körperschaftssteuer oder die Einführung einer Mindestrate für Investitionen in Forschung und Bildung. Die Bundeskanzlerin fordert auch bei den Partnern interne Verfassungsänderungen, um die Haushaltsdisziplin durchzusetzen.

Eine engere makroökonomische Steuerung der Eurozone ist wünschenswert, ebenso wie eine tiefere Konvergenz der nationalen Wirtschaften, wie schon betont wurde. Renteneintrittsalter, Steuern und Verfassungsfragen sind aber in all unseren Ländern sehr sensible Themen. Um in diesen Feldern gemeinsam erfolgreich zu sein, brauchen wir aber mehr als Koordinierung.

Erstens aus Effizienzgründen: wer kann daran glauben, dass in Zukunft Minister ihre Amtskollegen streng kontrollieren werden, wenn es sich um Minister aus einem Nachbarland handelt? Vor allem wenn diese Kollegen auch Kunden sind: wie viele U-Boote haben Deutschland oder Frankreich an Griechenland verkauft, bevor sie den Griechen vorgeworfen haben, überschuldet zu sein? Offenbar ist es

Regierungsmitglieder wichtiger, die eigene Wählerschaft als die anderen Minister im Rat frohzustimmen.

Dominique Strauss-Kahn hat schon als General Direktor vom Internationalen Währungsfonds betont, dass die EU ein „center driven agenda“ für Wachstum braucht, mit gemeinsamen Politiken und einem EU Budget. So provokativ dies in Deutschland klingen mag, hat er recht. In den letzten 30 Jahren hat der Rat zu oft Subsidiarität und „offene Koordinierung“ bevorzugt. Die Ergebnisse sind sehr enttäuschend, die zentrifugalen Kräfte stärker als je zuvor (siehe zum Beispiel die Misserfolge der Lissabon Strategie für Wachstum und Beschäftigung oder die Hemmungen in der Entwicklung des Binnenmarktes).

Zweitens aus demokratischen Gründen: wenn die Minister jeden Spielraum verlieren würden, was würde von der nationalen Demokratie übrig bleiben? Um ganz ehrlich zu sein, was wird passieren, wenn sich bei den anderen das Gefühl verdichtet, sie seien gezwungen, unter der strengen Kontrolle von „Berlin“ bzw. Karlsruhe zu handeln?

Auch wenn ich überzeugt bin, dass die Bundeskanzlerin bei ihrer Analyse richtig liegt, möchte ich heute Abend hier – als Freundin Deutschlands - vor „Diktaten“ warnen. So ein System kann schädlich für die EU sein, und nicht zuletzt für Deutschland selbst.

Tommaso Padoa-Schioppa, ein der Väter des Euros der leider vor kurzem gestorben ist<sup>8</sup>, hatte ein Stück weiter darüber nachgedacht. Seiner Meinung nach war die europäische „governance“ nämlich schwach, „*weil die Koordinierungsmacht genau in den Händen derer liegt, die dieser Macht unterworfen sein sollten*“. Wer handelt, darf nicht gleichzeitig kontrollieren, so die Gewaltenteilung. Darin besteht die Achillesferse der Koordinierung und aller vorhandenen Vorschläge.

Der Pakt von Bundeskanzlerin Merkel setzt voraus, dass „Vertreter der nationalen Parlamente (...) sich regelmäßig treffen und diesen verstärkten Koordinierungs-

---

<sup>8</sup> La stabilité oui mais aussi la croissance, Notre Europe, Octobre 2010,

prozess für mehr Wettbewerbsfähigkeit auch jenseits der nationalen Gesetzgebung begleiten“.

Aber was heißt hier „begleiten“?

Wo eine demokratische Kontrolle notwendig wäre - auf europäischer Ebene nämlich – wird sie nicht angeboten. Wo Kontrolle schon vorhanden sind, auf nationaler Ebene – können sie nur teilweise effektiv sein: kein nationales Parlament kann die Mankos der anderen Regierungen oder des Rates insgesamt überprüfen. Deswegen wird übrigens seit 1979 das EP direkt gewählt. In den letzten Jahrzehnten ist immer die Stärkung des EP eine Priorität der Europapolitik Deutschlands gewesen, und dafür sind wir dankbar. 2007 hat Frau Merkel selbst während der deutschen Präsidentschaft den Lissabon Vertrag verhandelt, der unsere Befugnisse erweitert hat.

Jetzt ignoriert sie das Mitentscheidungsverfahren des EP im Bereich „economic governance“. Im Pakt wird das Paket der Kommission seltsamerweise als „die Vorschläge der Van Rompuy Arbeitsgruppe“ dargestellt und die müssen „bis spätestens Juni angenommen“ werden. Der Rat bestimmt Inhalt und Tempo...

In den offiziellen Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 4. Februar wird zum Glück das Mitentscheidungsverfahren besser geschildert: die Hoffnung einer formellen Abstimmung mit dem EP auf die Vorschläge der Kommission wird ja erwähnt.

Zwar hat die Eurozone kein eigenes Parlament; die Frage der demokratischen Legitimation der Eurozone ist daher eine sehr schwierige. Vielleicht könnte aber die Humboldt Universität - mit anderen europäischen Elitenjuristen - sich damit beschäftigen und uns helfen, kreativer zu sein.

Seit Jahren wird in Frankreich von „gouvernement économique“ geredet. Jetzt haben Bundeskanzlerin Merkel und BM Schäuble in verschiedenen Reden den Begriff auch benutzt. Aber keiner definiert, worum es geht und vor wem diese „Regierung“ Rechenschaft ablegen müsste.

Dass der europäische Rat bzw. die Eurogruppe ohne parlamentarische Kontrolle auf europäischer Ebene, ohne grenzüberschreitende öffentliche Debatte die wichtigsten

Entscheidungen der Wirtschafts- (und Sozialpolitik) bestimmt, entspricht nicht den Erwartungen unserer Zeit. Es erinnert an einen Spruch des Ancien Régime: „ci veut le Roy, ci veut la loi“ ! [„so der König, so das Gesetz“ ]. Als Mitglied der Fraktion der Demokraten und Liberalen im EP fällt es mir schwer so etwas zu akzeptieren.

Eine mühselige, bis jetzt wenig effiziente und nicht kontrollierte Koordinierung aus 17 bzw. 27 Ländern kann nicht als „gouvernement“ bezeichnet werden.

Infolgedessen möchte ich heute Abend mir die ganze Last von der Seele reden: eine noch tiefere Reform der WWU ist notwendig, und sogar eine neue Gestaltung der EU. Nicht aus idealistischen Gründen, sondern ganz sachlich gesehen, weil die Koordinierung uns enttäuscht hat und zu Spannungen führen könnte.

Mir ist wohl klar, wie schwierig die Debatte in Deutschland ist. In Frankreich auch übrigens. Aber bitte: als Robert Schuman 1950 - 5 Jahre nach dem Krieg ! - Deutschland eine gleichberechtigte Partnerschaft in der Montan-Union angeboten hat, war eine solche Idee überhaupt nicht populär. Hätte er nur an die nächste Wahl gedacht, wo wären wir jetzt? Gorbatschew ist auch nicht seinem Volk gefolgt, als er das vereinte Deutschland in der NATO akzeptiert hat.

Jean-Claude Trichet<sup>9</sup> hat schon selbst ausdrücklich von der Notwendigkeit einer „fédération budgétaire“ gesprochen. Und Joschka Fischer hatte genau in dieser Universität vor fast 11 Jahren schon für eine engere Union plädiert.

Wir stehen jetzt wieder vor einer **historischen** Entscheidung, und dies gilt besonders für Deutschland.

### **III. Deutschland steht am Scheideweg ist meine dritte These**

Als mächtigstes und reichstes Land der EU kann die deutsche Regierung ruhig versuchen, sich im Europäischen Rat und im Rat durchzusetzen, wenn notwendig gegen den Willen der anderen. Bundeskanzlerin Merkel hat zum Beispiel neulich eine Revision der Verträge verlangt, die in vielen Mitgliedstaaten als Wagnis angesehen wird. In dieser Krisensituation war ihre Forderung verständlich. Auf Dauer würde aber eine solche Haltung – genauso wie ein deutsch-französisches

---

<sup>9</sup> Le Monde 31 mai 2010

„Direktorium“ - zu Spannungen führen. Die negativen Reaktionen auf den deutsch-französischen Gipfel in Deauville zeigen, was passiert wenn etwas zu einer **Chef- bzw. „Chefin“ Sache erklärt wird.**

In Brügge<sup>10</sup> hat im November 2010 Frau Merkel eine Rede gehalten, wo sie für eine sogenannte „Unionsmethode“ plädiert, die den Rat in den Vordergrund stellt. Sie vermittelte den Eindruck - in dieser Woche erneut - in die Zeit vor Monnet zurückkehren zu wollen. Jean Monnet hat eben nach dem Krieg die „Gemeinschaftsmethode“ und die Kommission konzipiert, weil er persönlich im Völkerbund die Ohnmacht der intergouvernementalen Gremien erlebt hatte.<sup>11</sup>

Ist dies eine Folge der deutsch-französischen Zusammenarbeit, wenn die deutsche Seite so skeptisch wie die französische geworden ist, was die „méthode communautaire“ angeht? Eine seltsame Annäherung...

Deswegen frage ich heute die Deutschen so wohl als die Franzosen: wollen wir eine handlungsfähige EU oder einen gelähmten Völkerbund (genauer gesagt auf französisch „Société des Nations“, da weder Bund noch Völker im Völkerbund zu spüren sind)? Sind die letzten 60 Jahre eine Art Zwischenzeit, eine Ausnahme oder, ist die supranationale Gestaltung Europas ein Zukunftsmodell für die Welt von morgen, das es sich lohnt zu verbessern und zu verteidigen?

Im Interesse Deutschlands und Frankreichs, im Interesse der EU müssen wir pflegen, was wir geerbt haben: die Gemeinschaftsmethode. Mit dieser Arbeitsmethode sitzt im Zentrum des Spiels ein neutrales unabhängiges Organ – die Kommission – die das gemeinsame Interesse in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten benennt. Neben der den nationalen Parlamenten sichert das europäische Parlament die demokratische Legitimation.

Aus guten Gründen setzen die Karlsruher Richter alles daran, die außerordentlichen Errungenschaften der Nachkriegszeit zu bewahren. Seit 1949 ist in der Tat die BRD

---

<sup>10</sup> Rede in Bruges, Collège d'Europe, 2.11.2010

<sup>11</sup> Für eine Gesamtanalyse, Sylvie Goulard, *Le Coq et la perle*, Le Seuil 2006

(dann das vereinte Deutschland) eine mustergültige vorbildliche Demokratie. Wir brauchen in der EU Verfassungsrichter, die anspruchsvoll sind und deswegen fordern, dass die Bürger durch Wahl und Abstimmung die Entscheidungen bestimmen. Und die immer wieder betonen, dass die öffentliche Meinung Teil der Demokratie ist. Dafür habe ich viel Respekt.

Das deutsche Volk hat sich selbst aber das Ziel gesetzt „als gleichberechtigtes Glied in einem Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Deutschland exportiert weltweit. Den Deutschen ist dadurch die Globalisierung bewusst.

Warum könnte die politische Ordnung nicht andere Formen annehmen, als die Staaten und Nationen die wir bis jetzt kennen? Die Globalisierung beschränkt schon ganz konkret unsere Souveränität. Von „Ewigkeitsprinzip“ kann in menschlichen Werken leider nicht die Rede sein. Im zwanzigsten Jahrhundert haben wir eher erlebt, wie der Dichter Paul Valéry so schön schrieb „*nous autres civilisations savons désormais que nous sommes mortelles*“ [*Wir als Zivilisationen sind uns nun bewusst, dass wir sterblich sind*]. Und dass „*Europa bald nur noch Asiens kleiner Kap sein könnte*“...

Schon 1966 schrieb Paul Henri Spaak<sup>12</sup> „*Die Nationen, so wie wir sie jetzt haben sind in einem langsamen Prozess entstanden. Sie sind aus einer langen Entwicklung hervorgegangen. Mit welchem Recht können wir behaupten, dass sie mit ihrem aktuellen Stand ihren Endzustand erreicht haben? Welches Gesetz könnte sie daran hindern, sich zuerst zu einem Bund zusammenzuschließen und sich dann zu vereinen? Wer kann glauben, dass die Nationen bei allen weltweiten Umbrüchen so bestehen bleiben wie sie sind und dass die Lebenswelten der Menschen bei allen gewaltigen technischen Fortschritten so erhalten bleiben wie sie sich im Laufe der Zeit herausgebildet haben?*“.

Die notwendige Reform wird viel einfacher, wenn wir vom richtigen Ausgangspunkt ausgehen und zwar: innerhalb der Eurozone ist unsere Souveränität schon geteilt. Die demokratische Legitimation, die das BVG zu Recht einfordert, muss nicht nur auf nationaler Ebene stattfinden, sondern auch auf europäischer verankert werden.

---

<sup>12</sup> Article pour Le Soir « Le désarroi européen », 4 novembre 1966

Der „*lange Weg nach Westen*“ der Deutschen (so Winkler) darf nicht in Karlsruhe enden. Er kann Deutschland hingegen eine Vorreiterrolle geben und zwar in der Gründung einer politischen Einheit in Europa.

Was für eine Einheit? Eine nach außen selbstbestimmte, eine nach innen demokratisch und sozial gerechte. Mir fällt keinen besseren Namen dafür ein als die Vereinigten Staaten von Europa (so Victor Hugo).

Dieser Namen würde mindestens klarmachen, dass unsere Staaten und also unsere Kulturen, Sprachen, Identitäten fortbestehen. Aber eine föderale Union wird jetzt gebraucht – ohne wenn und aber, um neben den USA, China, Indien, Brasilien Einfluss ausüben.

Der „Alleinvertretungsanspruch“ des Rates und der sogenannten nationalen Eliten entspricht nicht mehr dem heutigen Stand der Integration.

Selbstverständlich wird nicht alles von heute auf morgen zustande kommen. Unsere Verantwortung ist es aber, ein mittelfristiges klares Ziel zu definieren. In eine ewige „sui generis“ Schöpfung können sich nur Juristen verlieben. Die Europäer haben sich schon längst von diesem Traum verabschiedet. Mit dieser Finalität lässt sich die notwendige Solidarität nicht rechtfertigen.

Bis dorthin könnten wir schon versuchen, unsere Errungenschaften besser zu respektieren. Die Arbeitsmethoden des Parlaments wie das Wahlsystem können wohl verbessert werden. Ich mache hier kein blindes Plädoyer für eine Institution, deren Mitglied ich vorübergehend bin, ich bin aber Mitglied des EP geworden, weil ich Demokratie über alles stelle.

Besonders gefährlich scheint mir die heutige Neigung, die Legitimität des EP zu verneinen, weil es kein „europäisches Demos“ gäbe. Wenn die EU eine neue Schöpfung ist, ist das Argument irrelevant. Und wenn wir ein gemeinsames Schicksal haben, unzureichend.

Etwas Unterstützung in der Einführung von einer unmittelbaren – wenn auch beschränkten – accountability vor dem EP könnte schon helfen, das Beste aus der anstehenden Reform zu machen. Ich nehme ein konkretes Beispiel: die Berichterstatter des EP schlagen unter anderem vor, in der Zukunft öffentliche

Debatten im EP über „economic governance“ zu ermöglichen. Wenn die Kommission eine besorgniserregende Entwicklung in einem Land feststellt, könnte der Kommissar öffentlich seine Thesen vorstellen. Der Finanzminister des betroffenen Landes bzw. die Ratspräsidentschaft hätte eine Gelegenheit darauf zu antworten. Im Frühjahr 2009 hat der griechische Premier Minister Papandreou sich freiwillig bereit erklärt, vom ECON Ausschuss des EP angehört zu werden, was viele Vorurteile ausgeräumt hat. Transparenz kann helfen, die Koordinierung effektiver zu machen. Und die Legitimität der Entscheidungen zu erhöhen. Nicht ad majorem gloriam des EP sondern im allgemeinen Interesse.

Einen Fehler der letzten Jahre müssen wir auch eingestehen: wenn Deutschland sich jetzt von der Gemeinschaftsmethode entfernt, ist es kein Zufall. Die Kommission mit 27 Mitgliedern aus den 27 Mitgliedstaaten, die oft kleiner als Bundesländer sind, ist ein ganz anders geartete Instanz geworden. In der Zukunft müssen wir weniger „politically correct“ sein und die Institution reformieren, damit jeder mehr nach seinem Gewicht zählt. Auch ohne Vertragsänderung könnten wir aber schon diese Institution ein bisschen fördern. Statt ständig auf die „Verordnungswut aus Brüssel“ zu schimpfen, könnten wir zum Beispiel erstklassige Persönlichkeiten als Kommissionspräsident schicken. Der letzte Deutsche an der Spitze der Kommission war Walter Hallstein (57-68).

\*

Jetzt komme ich zu meiner Schlussfolgerung: es ist Zeit. Die Gründerväter der EG hatten eine politische Union in Sicht. Die Gründerväter des Euro hatten eine politische Union in Sicht. Die Krise hat gezeigt, wie unsere Position in der Welt zerbrechlich ist. Vielleicht ist es jetzt die schwierige – aber spannende - Aufgabe unserer Generation, diese politische Union zustande zu bringen.

Deutschland kann Europa viel anbieten: der Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“ ist in Deutschland geboren, wie die Überlegung von Max Weber über „die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“. Nach der Krise brauchen wir solche Konzepte mehr als je zuvor. Der Mensch lebt nicht nur von Brot.

Nach vielen Jahren schwächelnder Wettbewerbsfähigkeit ist Deutschland wirtschaftlich besonders erfolgreich. Deutschland ist gleichzeitig eine solide

parlamentarische Demokratie; es hat mit dem Föderalismus konkrete Erfahrung. Da haben die Deutschen den Franzosen viel beizubringen. Aber die Deutschen könnten auch sich überzeugen lassen etwas globaler und zentralistischer zu denken. Es wäre besser die besten Eigenschaften des Partners zu übernehmen, statt sich von seinen Lasten beeinflussen zu lassen...

Der Erfolg des Rettungsfonds (EFSF) – unter der Leitung von Klaus Regling – ist für mich sehr symbolisch. Vielleicht werden unsere Politiker entdecken, wie positiv Europa in der Welt angesehen ist, wenn die deutschen Tugenden in den Dienst des europäischen Einigungsprozesses gestellt werden. Lieber im Einklang mit der europäischen Tradition der Gemeinschaftsmethode als in gefährlichen intergouvernementalen Experimenten.

Übrigens Wolfgang Schäuble hat selbst in Le Monde letzte Woche geschrieben „das intergouvernementale“ sei ein erster Schritt<sup>13</sup>...

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

---

<sup>13</sup> 4 Février 2011, Le Monde, Inventons un outil juridique pour garantir la stabilité de la zone Euro